Tägliche Omaha Tribüne

TRIBUNE PUBLISHING CO.; VAL. J. PETER, President.
1311 Howard Str. Telephon: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr $5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorausbezahlung, per Jahr $1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Donnerstag, den 12. Juli 1917.

Haltlose Verdächtigungen des staatlichen Verteidigungsrates.

Der staatliche Verteidigungsrat hat sich bemüßigt gesehen, eine Proklamation zu erlassen, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die Kriegsbegeisterung in Nebraska durch verräterische Aeußerungen, unloyale Handlungen und Passivität Einzelner sehr gedämpft wird. Besonders sollen sich Professoren der Universität und Geistliche der lutherischen Kirche derartiger unpatriotischer Handlungsweisen schuldig gemacht haben.

In dem Bericht heißt es, daß in verschiedenen Teilen des Staates Bankiers kaum gewagt haben, für die Freiheits-Anleihe einzutreten und den Verkauf der Bonds anzupreisen, weil von ihren Kunden ihnen gedroht wurde, daß sie ihre Einlagen aus den Banken zurückziehen würden und dergleichen mehr.

Es handelt sich bei der ganzen Geschichte um Allgemeinheiten, die absolut nicht begründet sind. Den zwölf Leuten, Vizegouverneur Howard an der Spitze, möchten wir zurufen: „Namen nennen!" Wenn es sich wirklich um unpatriotische und, wie es in dem Schriftstück heißt, sogar um verräterische Aeußerungen handelt, dann sind die betreffenden Leute straffällig und sollten offen genannt werden, aber man sollte nicht wie die Katze um den heißen Brei herumgehen. Die Art, in welcher diese elf Herren und ein Fräulein, zu denen natürlich auch der ehrenwerte Richard L. Metcalfe gehört, vorgehen, ist die Art der Verdächtiger und selbst höchst unpatriotisch. Denn ist es etwa patriotisch, allgemeine Anklagen zu erheben, hohle Phrasen zu drechseln, ohne die Namen zu nennen, und dadurch tausende loyale Bürger, welche der lutherischen Kirche angehören, in den Verdacht zu bringen, unpatriotisch zu sein? Ist es etwa patriotisch, zu erklären, daß die Bürger vieler Gemeinwesen aus den verschiedensten Teilen des Staates gedroht haben, ihre Gelder aus den Banken zu ziehen, wenn diese für die Freiheits-Anleihe Propaganda machen, ohne Namen zu nennen, und dadurch alle ländlichen Gemeinwesen des Staates in den Verdacht zu bringen, keinen Patriotismus zu besitzen? Wir müssen eine derartige Art und Weise, Leute zu beschuldigen, für höchst unpatriotisch erklären, weil sie nur dazu beitragen kann, Zwist und Uneinigkeit unter den Bürgern des Staates zu säen, da sich mancher fragen wird: „Ist mit den Anklagen vielleicht der und der gemeint?" und ihn nun verächtlich behandeln wird. Gerade in dieser Zeit ist es von größter Bedeutung, daß die Bevölkerung des Staates einig ist. Die Prohibitionisten haben diese Methode der allgemeinen Beschuldigungen, ohne sie begründen zu können, allerdings stets angewandt, aber hier, wo es sich um schwerwiegende Anklagen handelt, durch welche tausende und tausende unverschuldeterweise in Mißkredit geraten können, ist eine derartige Methode absolut nicht angebracht, sondern unpatriotisch. Also heraus mit der Sprache, ehrenwertes Dutzend, und Namen nennen, nicht aber mit leeren Redefloskeln, haltlosen Behauptungen und Anschuldigungen Zwietracht säen! Gouverneur Neville sollte den „Verteidigungsrat" zwingen, deutlicher zu reden oder den Mund zu halten. Er ist es den Bürgern des Staates schuldig. Er sollte zeigen, daß die Allgemeinheiten des Rates nicht das elende, verleumderische Machwerk eines übergeschnappten Hetzers sind.

Nachwehen des Krieges.

Die Invaliden, Witwen und Waisen aus früheren Kriegen der Ver. Staaten zu zahlenden Pensionen belaufen sich auch jetzt noch auf ungefähr $150,000,000 jährlich, und seit Beendigung des Bürgerkrieges im Ganzen auf $5,000,000,000. Es wird verständlich erscheinen, daß die Fürsorge für die Invaliden, Witwen und Waisen, welche infolge unserer Beteiligung am Weltkriege schon in nächster Zukunft und in großer Zahl die Großmut Onkel Sams anrufen werden, seit Längerem von der Bundesregierung erwogen worden ist. Die Erfahrungen, welche das Land mit dem bestehenden Pensionsgesetz gemacht hat, ermutigen, gewiß nicht zu einer Ausdehnung dies Systems auch auf den gegenwärtigen Krieg. Ohne würdigen Kämpfern des Bürgerkrieges oder ihren Hinterbliebenen nahezutreten, darf als unbestreitbar behauptet werden, daß die durch Betrug und Durchstechereien unrechtmäßig erlangten Entschädigungen für angebliche Verletzungen und Pensionen für Soldaten-Angehörige sich auf hunderte Millionen Dollars beziffern. Hauptsächlich auf Grund dieser Uebelstände scheint die Regierung einem Plane wohlgeneigt, der jedem Soldaten die Gewißheit geben würde, daß im Falle seines Todes seine Angehörigen eine bestimmte Summe empfangen, er selbst aber, falls er einen Arm, ein Bein oder das Auglicht einbüßt oder in seiner Gesundheit geschädigt wird, auf ein jährliches Einkommen zählen darf, das ihn gegen Mangel schützt. Hierdurch würde der sonst unausbleiblichen Hochflut von Pensionsgesuchen, mit ihrer kostspieligen Prüfung und sonstigen unerquicklichen Nebenumständen, von Anfang an vorgebeugt werden.

Eingehende Beratungen mit den Vertretern der großen Lebensversicherungsgesellschaften haben jedoch ergeben, daß diese die erforderlichen Policen getrennt von ihrem regelmäßigen Geschäft und zu so hohen Raten ausstellen müßten, daß ihre Inanspruchnahme seitens der Regierung dieser vielfach höhere Kosten verursachen würde als die eigene Uebernahme des Risikos. Die Versicherung von Angehörigen der Armee und Flotte würde während des Krieges $100 für je $100 jährlich kosten. Da die Versicherungsgesellschaften die zukünftigen Ansprüche früher Versicherter gesetzlich nicht durch Uebernahme ungewöhnlicher Risikos gefährden dürfen, haben sie sich erboten, die Prämiengelder zu einem besonderen Fonds zusammenzutun, und einen etwaigen Ueberschuß, nach Erledigung aller Kriegsansprüche, der Regierung zurückzuzahlen. Sie wiesen auch darauf hin, daß bereits Policen zum Betrage von $3,000,000,000 für dienstpflichtige Amerikaner in Kraft sind, für welche sie anläßlich des Krieges keine Zuschlagsprämie erheben dürfen. Falls eine Armee von 2,000,000 Mann im Alter von 21 bis 31 Jahren einberufen wird, und unter der Voraussetzung des Todes von 10 Prozent, würde der Ausfall an Kriegsprämien auf die Policen der bereits Versicherten ohnehin schon jährlich $60,000,000 betragen. Von der Geschäftsleitung der Equitable Insurance Co. wird daher empfohlen, daß die Regierung selbst die vorgeschlagene Versicherung übernehme, „denn," fragt sie, „dienen Soldaten und Seeleute nur den Versicherten oder der ganzen Nation? Wäre es gerecht, Policeinhaber der durch ihre Prämiengelder geschaffenen Sicherheit für ihre Ansprüche zu berauben, um einer vom gesammten Volke zu erfüllenden Ehrenpflicht zu genügen? Versicherungspolicen laufen in der Regel von Jahr zu Jahr, Kriegspolicen würden nach Wiedereintritt des Friedens ihr Ende erreichen; die Prämien müßten entweder von den Versicherten selbst, der Regierung und den Versicherten gemeinsam oder von der Regierung allein gezahlt werden. Als einfachster und bester Plan empfiehlt sich nach Ansicht der Versicherungsgesellschaften die direkte Auszahlung der Versicherungssummen seitens der Nation an Invaliden oder Angehörige von auf den Schlachtfeldern Gefallenen. Um 1,000,000 Soldaten zu je $4000 zu versichern, müßte die Regierung den Versicherungsgesellschaften $400,000,000 pro Jahr zahlen, zuzüglich der regelmäßigen Rate von $8 für je $1000. Wenn die Regierung anstatt der Versicherungsgesellschaften dieses Geld in einen besonderen Fonds täte, würden unendlicher Wirrwarr und unvermeidliche Verzögerungen bei der Regelung von berechtigten Ansprüchen vermieden werden. Während des Bürgerkrieges betrug der Verlust an Toten auf Seiten der Union ein wenig über 5 Prozent, für den Krieg in Europa wird einstweilen eine Verlustrate von 10 Prozent schätzungsweise angenommen. Es ist nahezu unmöglich, zu berechnen, wann die Ansprüche, die sich aus dem gegenwärtigen Kriege ergeben werden, ihr Ende erreichen werden. Während für die Versicherungsgesellschaften, die nur Vertrauensverwalter der Prämiengelder sind, kaltblütige Geschäftsrücksichten maßgebend sein müssen, trifft dies bei der Regierung nicht zu. Sie darf, nein, sie muß derartigen Ansprüchen gegenüber die weitestgehende Liberalität beweisen, da es sich dabei um die Erledigung einer Dankesschuld der Nation handelt, die nicht durch enggezogene Bestimmungen beschränkt werden sollte. Und nicht übersehen sei, daß durch eigene Uebernahme der Versicherung dem Lande die bei Versicherungsgesellschaften durchaus nicht unbeträchtlichen Nebenkosten erspart bleiben."

Eine Entscheidung ist bisher in dieser Angelegenheit nicht getroffen worden, doch darf angenommen werden, daß sie in Kurzem in einer oder der anderen Form im Kongreß zur Erörterung gestellt werden wird.

Die Versorgung der Soldatenfamilien.

Mit der Aufstellung eines großen Heeres übernimmt unsere Regierung auch gleichzeitig die moralische Pflicht, nach besten Kräften für die Wohlfahrt der Soldaten und ihrer Angehörigen zu sorgen. Mit der Erfüllung der Voraussetzungen zu ersterer sind die Militärbehörden zur Zeit beschäftigt, mit der Sorge für das Wohlergehen der Soldatenfamilien wird sich früher oder später der Kongreß zu beschäftigen haben. Auch hierin wie in vielen anderen Dingen können die Ver. Staaten sich die Erfahrungen der anderen Kriegführenden zu Nutze machen. Allerdings sollen vorläufig nur unverheiratete Männer ohne versorgungsbedürftigen Anhang zur Aushebung gelangen. Allein ausnahmslos wird sich diese Regel nicht durchführen lassen. Auch im amerikanischen Heere wird es zahlreiche Soldaten geben, die bisher hilfsbedürftigen Familien eine Stütze waren. Den Soldaten sind in diesem Falle auch die sie begleitenden Nichtkämpfer, wie Sanitätsmannschaften und Aerzte, zuzurechnen.

Mit der Versorgung sollte aber nicht so lange gewartet werden, bis ein tatsächlicher Notstand vorhanden ist, d. h. bis der Versorger der Hilfsbedürftigen gefallen, verkrüppelt oder sonstwie arbeits- und erwerbsunfähig geworden ist, sondern sie sollte mit dem Augenblick beginnen, da er zur Fahne gerufen und damit seiner bisherigen Berufstätigkeit entzogen wird. Unser Nachbarland Kanada ist in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorausgegangen. Dort bekommt die Frau eines Soldaten erstens feste Alimente in Höhe von monatlich $20, ferner, wenn sie es nötig hat, einen monatlichen Zuschuß von $25 aus dem Patriotenfonds und außerdem kann ihr Mann eine Vereinbarung mit den Militärbehörden treffen, derzufolge $15—20 seines Soldes unmittelbar an sie ausgezahlt werden. Der Frau eines gewöhnlichen kanadischen Soldaten stehen also zu ihrem und ihrer Familie Unterhalt monatlich ohne Weiteres $60—65 zur Verfügung. In ähnlicher Weise sollte auch in den Ver. Staaten für die Angehörigen der eingezogenen Mannschaften gesorgt werden. Letztere würden dann ruhigeren Gemüts in den Kampf ziehen und auf dem Schlachtfelde leistungsfähiger sein, als wenn die Sorge um die zurückgelassene Familie sie ins Feld begleitet.

Einführung von Rationenkarten.

Wie in Depeschen aus Washington berichtet wird, soll aus der Vorlage für Nahrungsmittel-Kontrolle jede Bestimmung wegbleiben, die dem Nahrungsmittel-Direktor die Befugnis verleihen könnte, den Lebensmittelverbrauch von Einzelpersonen zu kontrollieren und zu regulieren.

Wenn wir dies richtig verstehen, soll es bedeuten, daß die Einführung von Rationenkarten für Brot, Fleisch, Kartoffeln, Zucker und andere Lebensbedürfnisse vermieden werden soll, ein Schritt, der sich mangels ausreichender Vorräte an derartigen Bedarfsartikeln in den meisten anderen kriegführenden Ländern als unumgänglich notwendig herausgestellt hat. Die durch Ausgabe von Rationenkarten zwangsweise durchgeführte Sparsamkeit im Verbrauche von Lebensbedürfnissen ist ein äußerst wirksames Mittel, mit den vorhandenen Vorräten solange wie möglich und für möglichst viele Leute auszukommen. Und das ist schließlich das Um und Auf aller schon eingebrachten und noch einzubringenden Lebensmittel-Vorlagen.

Gleichzeitig aber wird in denselben Washingtoner Depeschen gemeldet, daß es eine der ersten Bestrebungen des zu ernennenden Nahrungsmittel-Direktors sein werde, die Preise für Brot, Fleisch, Zucker usw. herabzusetzen. In demselben Augenblicke, wo uns äußerste Sparsamkeit im Verbrauche von Lebensbedürfnissen zur Pflicht gemacht wird, damit mit den vorhandenen Vorräten für uns und die Alliierten solange wie möglich das Auskommen gefunden werden kann, wird aber auch schon diesem haushälterischen Gebahren entgegengearbeitet. Denn mögen die Teuerungspreise für die Notwendigkeiten des täglichen Lebens auch noch so unberechtigt und verwerflich sein, sie haben doch das eine Gute gehabt, daß sie automatisch den Verbrauch eingeschränkt haben.

Es wird keinem vernünftigen Menschen einfallen, den Fortbestand der Teuerungspreise zu verlangen, um auf diese Weise den Konsum zu verringern. Aber welches andere Mittel bleibt dann übrig, um diesen Zweck zu erreichen, als die Einführung von Rationenkarten? Zumal diese auf Arm und Reich ihre Wirkung in gleicher Weise äußern, wogegen Teuerungspreise nur den Konsum der weniger bemittelten Klassen beeinflussen, den Wohlhabenden aber jederzeit Befriedigung jedes Verlangens gestatten.

Food Control and Reduction of Prices.

A Pertinent Editorial of the Chicago Tribune on This All-Absorbing Subject.

After the Lever Food Control Bill has passed the House and now awaits the action of the United States Senate to become a law, the following editorial of the "Chicago Tribune" will be of special interest in order to show the imperative duty of Congress to frame, at the earliest possible moment, some effective legislation with the end of reducing the well nigh unbearable cost of living by a just and equitable adjustment of prices and distribution:

Wholesale food merchants freely admit that prices are higher than they ought to be. They say they are willing to cooperate to reduce them, but assert they are powerless to enforce any effective remedy without the assistance of strong central control at Washington.

These merchants place the blame for inflated prices chiefly on speculators, outside speculators, many of whom never dabbled in foodstuffs before. The outsiders, it is said, have jumped into the food markets just as they jumped into the stock market when war brides promised enormous profits.

It is admitted that middlemen themselves have engaged in speculative price boosting. But the majority are willing, they say, to eliminate the "profiteering," provided the legislation is passed to keep the minority in line.

The legitimate food distributors, we are informed, are in favor of the general principles advocated by Mr. Hoover and embodied in the Lever food control bill. They accept Mr. Hoover's statement that he does not propose any drastic shackling of the industry ,but rather to be given the power to curb the predatory minority and the outside speculator.

We may assume that the middleman is just as anxious to do his bit as any one else. It is certain that he does not care to be branded as an enemy of his country or the means of its downfall. He is keenly alive to the possibility that inordinate prices may bring about food riots of serious proportions. But just at present he is in the grip of a system that is in reality controlled by a vicious minority.

Mr. Hoover's testimony before the senate committee was definitely to the point that he proposes to assist the various producing and distributing groups in doing precisely what the more enlightened members of those groups desire to do. He wants to operate as far as possible through voluntary agreements with those groups. But such voluntary agreements will be worthless or impossible, he says, unless he is granted the power to enforce the will of the majority. The majority might want to establish the price of flour at $10 a barrel, but they could not afford to do so if the vicious minority were allowed to sell the same article to rich and powerful purchasers at $15.

This illustration puts concretely what Mr. Hoover hopes to do by rather more general methods. These methods are intricate and extensive, but they do not involve actual price fixing.

"There is no provision for price fixing," Mr. Hoover told the senate committee, "and no such thing can be carried out under the bill. What we hope to do is to stabilize prices by various devices and to regulate the profits and speculation out of the handling of commodities."

Control of exports and the regulation of marketing are the two important things which Mr. Hoover hopes to accomplish under the Lever bill. He regards them as minimum requirements to prevent disastrous consequences.

The opposition to the bill, it appears, has developed largely among farmers. They have profited by advancing prices and they are naturally afraid that any food control will interfere with their profits. We are not suggesting that the farmers as a class would not be satisfied with normal profits, provided the same restrictions were applied to the middlemen as well as the producers. In short, they are afraid they will get the little end of the deal.

If we may judge by the discussion in congress there is not much danger of any such contingency. Both Mr. Hoover and the members of congress are expressing the greatest solicitude for the farmer's interests. For instance, he is specifically exempted from the penalties to be imposed for hoarding foodstuffs. After all, the farmer is the man who does the producing, and other countries have found that stringent price regulations are likely to limit production. The farmers simply won't take the trouble to raise crops if they think they are going to get an inadequate price.

The Lever bill probably has its faults, but we know we are facing a situation which makes food legislation of this kind imperative. The revolution in Russia began with food riots. While we may regard the shortage in Russia as having been providential in view of the outcome, we certainly must guard against promoting any such condition in this country, because we have everything to lose and nothing to gain.

The urgency of the situation is perhaps best illustrated by a comparison of prices in this country and in the countries that are dependent on us for food supplies. According to Mr. Hoover, the price of bread in Belgium is 60 per cent of the price in New York. In France it is 40 per cent below the price here, and in England 30 per cent. Yet the allied agents are said to have been responsible in a large measure for forcing up the wholesale prices in the United States.

The country demands an equitable adjustment of prices and distribution. If the Lever bill cannot accomplish this result, it is up to congress to frame legislation that will.

INTRIGUES IN THE EAST.

According to the last information Washington seems to be rather disquieted over reports from Tokio which seem to indicate the existence of a certain amount of animosity of the Japanese Press against the United States. So far there is, we hope, little reason for anxiety as the part which Japan is to play in the great war is daily growing in importance.

Japan, it was said last week, has an understanding with Great Britain whereby she will attack Russia if Russia should for any reason cease to make war on Germany. Japan in this event will obtain her "compensation" out of the war by seizing Russia's possessions on the Pacific.

To this the N. Y. Evening Mail remarks:

"Russia has sacrificed more than 5,000,000 men in this war. After an epoch-making upheaval, Russia now finds herself in such straits in her internal affairs that, in the opinion of M. Shingareff, her minister of finance, only a miracle can save her. The Socialist ministers, are convinced that the only way of introducing internal order in Russia is to bring the war to a close.

This story is incredible. Great Britain cannot be planning to let loose against the new democracy, in its life and death struggle for existence a powerful Japanese army. This strange forcast of British policy must have been put out in an attempt to warn Russia against a possible withdrawal from the war. But it opens up a field of embarrassing speculation for America as England's ally."

Gen. Chang-Hsun may become Dictator.

"The leaders in Kwang Tung, Yuman, Kwang Si and Kweichow, the four southern provinces, have, in fact, telegraphed the President that they no longer recognize his authority. On the other hand, Gen. Chang-Hsun, who represents practically the rest of China, and particularly the Japanese sphere of influence, seems on the point of making himself dictator. So that the President is literally between the devil and the very deep sea.

"If, which, of course, is at the moment only a possibility, the relations of Great Britain and

Volltreffer!

In Italien ist man von den in Aussicht genommenen neuen Zwangsmaßnahmen gegen die europäischen Neutralen gar nicht entzückt. Diese Maßnahmen sollen bekanntlich in einer verschärften Zufuhrsperre bestehen, um diese Länder zu zwingen, allen Handel mit Deutschland einzustellen. Die in Neapel erscheinende Zeitung „Mattino" rät dringend zur Vorsicht. Nicht alle Kriegführenden seien viertausend Meilen von den in Frage kommenden Neutralen entfernt, und nicht jede Maßnahme lasse sich aus dem bisherigen Verhalten derselben rechtfertigen. So könne z. B. der Schweiz, die schon lange unter Ententekontrolle stehe, nicht vorgeworfen werden, daß sie in unerlaubtem Maße Deutschlands Widerstandskraft begünstigt hätte. Besonders Italien habe gar kein Interesse daran, die Schweiz, als seinen nächsten Nachbar durch überstürzte Maßnahmen ins gegnerische Lager abgedrängt zu sehen. Auch Schweizer Blätter mahnen übrigens in dieser Hinsicht zur Vorsicht, indem sie deutlich zu verstehen geben, daß, wenn man die Schweiz zum Aeußersten treibe, die Verantwortung für die Folgen auf jene zurückfallen werde, die sich einbildeten, sie könnten durch Hungermaßnahmen die Schweiz ihren Wünschen gefügig machen.

Japan should become seriously strained over this Chinese question, it would be a fact of capital importance and far-reaching influence on the future course of the war, both in Europe and elsewhere."

Die von Erzberger an die Regierung gerichtete Anfrage über ihre Kriegs- bezw. Friedenspläne erregt Aufsehen in weiten Kreisen. Die Presse, die seit mehreren Tagen bereits auf die versprochene Reichskanzler-Rede mit Ungeduld harrt, will sie nachgerade zu einer Sensation aufbauschen. Die Anfrage geschah aus einer von zwei Gründen: entweder wurde sie erhoben im üblichen Gang der Verhandlungen und in freundschaftlichem Sinne, oder sie wurde durch Ungeduld und Unzufriedenheit beeinflußt. Erzberger soll ohne Vorwissen seiner Partei gehandelt haben —so erklärt wenigstens Fraktionsführer Spahn. Sodann soll er, trotz der von verschiedenen Seiten erhobenen Opposition, auf seiner Frage bestanden haben, daß es ihm nicht nur darum zu tun war, auszufinden, ob die Sache spruchreif sei.—Erzberger hat sich vor Jahren schon eine Art Sonderstellung in der Zentrumspartei erworben: eine eigenartige Stellung, allen Parteien gegenüber, ist ihm durch seine Teilnahme an dem Stockholmer Unternehmen geworden. Wohl kein anderer Führer der bürgerlichen Parteien dürfte im sozialistischen Lager einen solchen Einfluß ausüben. (Amerika.)

Schlimm für Wahrsager

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am Dienstag beschlossen, in Zukunft sogenannten Wahsagerinnen oder Zukunftspropheten keine Lizens mehr zu erteilen.—Bravo!

Die westlichen Staaten haben ihre Quote Rekruten für die Armee gestellt. Dafür haben die östlichen am meisten nach Krieg geschrien.

„Schwache Nerven" schreibt: „Ist es möglich, eine Medizin zu finden, die durch ihre kräftenden und nährenden Bestandteile einem Manne, der alles in der Welt, außer Gesundheit und Glück besitzt, seine strahlende Gesundheit und den Ehrgeiz wiedergeben kann? Ich bin triumphirrig, verdrießlich, verzagt, schwach, zitterig, kurzatmig und leide mehr oder weniger an Schmerzen im Rückgrat und Hinterkopf."

Antwort: „Ihr Zustand verlangt ein starkes, unschädliches, nährendes Stärkungsmittel, das das Gleichgewicht Ihrer Nerven wiederherstellt, die dann Ihre anderen Ernährungsorgane kräftigen und stärken werden und so das Blut neu beleben und neue Zellen und Gewebe herverbringen wird, die für die überflüssigen Kräfte sorgen werden. Drei-Grain Cabentone-Tabletten, verpackt in versiegelten Tuben und mit voller Gebrauchsanweisung versehen, sind in allen solchen Fällen empfehlenswert.

* * *

Frau „Annie M." schreibt: „Mein Mann ist scheinlich mit irgend einem Nierenleiden behaftet. Er ist schwach und leidet an Kopfschmerzen, Schmerzen im Rücken und der Nierengegend. Die Schmerzen sind wie Nierenstiche. Seine Knöchel schwellen an und seine Kniee scheinen immer müde zu sein. Nach manchen Tagen hat er Frösteln und keinen Appetit. Bitte, verschreiben Sie ihm etwas."

Antwort: Die Symptome weisen auf Unordnung der Nieren hin und sollten nicht vernachlässigt werden. Ich würde ihm Balmwort-Tabletten, ein für solche Fälle sehr geeignetes Mittel, anraten. Kaufen Sie es in versiegelten Tuben, mit Gebrauchsanweisungen für Heimgebrauch.

* * *

E. J. M. fragt: „Kann ich mein Gewicht gesundlos vermehren, und auf welche Weise?"

Antwort: Verschaffen Sie sich bei einem gutbesehenen Apotheker 5-Grain Arbolone-Tabletten in versiegelter Tube mit genauer Gebrauchsanweisung. Nehmen Sie sie, wie vorgeschrieben, ein, und Sie werden bald die ersehnte Erleichterung fühlen. Viele meiner Patienten zeigten mir rasche Resultate an, ohne irgendwelche schädliche Nachwirkungen.

* * *

„Nervös" schreibt: „Vor zwei Jahren gebrauchte ich Ihr ausgezeichnetes Rezept für Nierenleiden und es besserte die Krankheit gänzlich. Ich wünsche nun eine Medizin gegen Verstopfung und unreines Blut, denn ich sehe gräßlich aus, mit Finnen im Gesicht, die große, häßliche Wunden bilden."

Antwort: Zur Reinigung des Systems rate ich Ihnen, mehrere Monate lang Bolmain Sulphurd Tabletten (nicht Sulphur) zu nehmen.

* * *

Ellen A. fragt: „Bitte, teilen Sie mir mit, wie ich mein Gewicht vergrößern und meinen Teint verbessern kann. Ich scheine dünnern zu sein und bin stets schlaff und müde."

Antwort: „Beginnen Sie, Drei-Grain-Hypomeclame-Tabletten mit Ihren Mahlzeiten zu nehmen; Ihre Kraft werden Sie bald zurückkehren und Ihr Gewicht und Farbe nach und nach zunehmen fühlen. Bei häufigem Gebrauch erweist es sich als das wirksamste Heilmittel.

Notiz: Viele Jahre hindurch hat Dr. Baker freien Rat erteilt und Briefe an Millionen Leute gegeben, und zwar durch die Spalten der Presse, und er hat ohne Zweifel mehr bei der Heilung von Krankbetten und Leiden geholfen, als irgend eine Einzelperson in der Geschichte der Welt. Tausende haben ihm schriftlich ihre Dankbarkeit und ihr Vertrauen ausgedrückt.

The DOCTOR'S ADVICE
by Dr. Lewis Baker

Die unten beantworteten Fragen sind allgemeiner Natur; die Symptome und Krankheiten sind angeführt und die Antworten gelten für jeden Fall ähnlicher Natur.

Wer weiteren Rat frei wünscht, schreibe an Dr. Lewis Baker, College Bldg., College-Elwood Str., Dayton, Ohio, unter Beilegung eines selbstadressierten, frankierten Briefumschlages für die Rückantwort. Name und Wohnort müssen voll angegeben werden; in meiner Antworten werden jedoch nur die Anfangsbuchstaben oder fingierte Namen gebraucht. Die Rezepte können in jeder guten Apotheke ausgeführt werden, oder der Apotheker kann das Fehlende beim Großhändler bestellen.

TAFT'S DENTAL ROOMS verlegt nach 308—318 Rose Building
16. und FARNAM STR.
ALLE MODERNEN BEQUEMLICHKEITEN

Es erweist sich als großer Schlager!

Storz BEVERAGE

Das neue und delikate Getränk!

Erquickend, erfrischend und nahrhaft.

Das Beste auf dem Markt!

Kann ohne U. S. Regierungs-Lizense und ohne mit den Prohibitionsgesetzen in Konflikt zu kommen in irgend einem Staate verkauft werden.

Wir garantieren es. Verkauft in Faß und Flaschen wo immer gesunde und erfrischende Getränke serviert werden.

STORZ BEVERAGE & ICE CO. Omaha, Nebraska